

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Katharina Kucharowits, Petra Tanzler,
Genossinnen und Genossen,

betreffend „Evaluierung und Anpassung des Faches Digitale Grundbildung“

Mit dem Schuljahr 2022/2023 wurde das Pflichtfach Digitale Grundbildung für die Sekundarstufe I eingeführt. Ziel dieses Pflichtfaches ist es, die Funktionsweise digitaler Technologien zu verstehen, welche gesellschaftlichen Wechselwirkungen sich durch ihren Einsatz und welche Handlungsoptionen sich für Schüler:innen durch digitale Technologien ergeben. Nach dem ersten Schuljahr fällt die Bilanz dieses Faches aber eher durchwachsen aus. Für viele Pädagog:innen und Expert:innen ist das neue Pflichtfach nämlich vor allem eines: verbesserungswürdig. Philipp Mittnik, Professor für Politikdidaktik an der PH Wien, sieht etwa einen Konstruktionsfehler beim Lehrplan. Denn unter „digitaler Bildung“ versteht man international etwas anderes, das Erstellen guter PowerPoint-Präsentationen gehört hier nicht dazu. Laut Mittnik wurde hier die Chance vergeben, den Schüler:innen einen kritischen Umgang mit digitalen Medien zu vermitteln.¹ Die Interessensgemeinschaft für Politische Bildung (IGPB) kritisiert außerdem, dass der Begriff „Fake News“ in vier Unterrichtsjahren nur ein einziges Mal vorkommt und von den 72 Kompetenzen, die die Schüler:innen in diesem Fach erlernen sollen, nur ca. 32 % auf soziale, menschenrechtliche und ökologische Aspekte abzielen.

Das Team rund um Corinna Hörmann von der JKU Linz befragte 795 Lehrkräfte, die das Fach Digitale Grundbildung unterrichtet haben oder unterrichten. Auch diese Studie zeigt, wie wichtig es ist, dieses Fach zu verbessern. Demnach fühlen sich 55,8 % der Pädagog:innen dem Fach nicht ausreichend gewachsen und schätzen ihr Wissen rund um Algorithmen und Programmierung als „Befriedigend“ bis „Nicht Genügend“ ein.²

Aus diesen Gründen stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, den Lehrplan und die Pädagog:innenausbildung für das Pflichtfach Digitale Grundbildung einer umfassenden Evaluierung und gegebenenfalls einer Neukonzipierung zu unterziehen, um den Schüler:innen eine kritische Reflexion der Digitalisierung und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen zu ermöglichen und die Pädagog:innen durch geeignete Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote bestmöglich auf den Unterricht vorzubereiten.“

Zuweisungsvorschlag: Unterrichtsausschuss

¹ <https://www.profil.at/kritik-an-digitaler-grundbildung-peinlich-fuer-die-republik/402472745>, Zugriff am 30. Oktober 2023

² <https://science.apa.at/power-search/10704586195920174788>, Zugriff am 30. Oktober 2023

